Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 78 (1998)

Heft: 9

Artikel: Entmachtung der Politik : Primat der Politik? : Die Macht des Einzelnen : in der und über die Politik

Autor: Wolfssohn, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165942

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Entmachtung der Politik – Primat der Politik?

Die Macht des Einzelnen – in der und über die Politik

... und er hat doch gesiegt. Wer? Karl Marx natürlich. Weshalb? Ganz einfach. Sogar eine bundesdeutsche Grossbank verkündet landauf, landab seine zentrale These, wenngleich etwas variiert. Jene deutsche Grossbank spricht von der Entmachtung der Politik und betont das Primat bzw. den Primat, also die Vorrangstellung der Wirtschaft.

Meine These allerdings lautet: Die Politik bestimmt noch immer, eigentlich immer mehr die Richtlinien von Wirtschaft und Gesellschaft, von Recht und Kultur. Alles hängt von der Politik ab, hier wird das Gemeinwesen gestaltet, und hier hat der Einzelne Entfaltungsmöglichkeiten – sofern er sie wahrnimmt und wahrnehmen will.

Ein entschlossener Bürger, erst recht mehrere entschlossene Bürger, können vor Gericht ziehen und einstweilige oder dauerhafte Verfügungen erwirken. *«Wenn der Bürger es nur will, stehen alle Räder still.»* Die Arbeiterbewegung sagte es einst über die Arbeiter, heute gilt es für den Bürger. Auch über die Medien kann eigentlich fast jeder fast alles bewegen, zumindest erregen oder anregen, in Gang setzen. Das in Gang Gesetzte setzt wieder anderes und andere in Gang und so weiter und so weiter. Schneeballeffekt nennt man das. Die Vielfalt der Möglichkeiten und Ansatzpunkte ist unbegrenzt. Grenzen setzt scheinbar nur die ökonomische Basis, wie Väterchen *Marx* es ausgedrückt hätte. Ist die Macht der Wirtschaft tatsächlich so unbegrenzt?

Schauen wir uns dieses Problem näher an: Was also gilt? Primat bzw. Vorrangstellung der Politik und damit Macht des Bürgers oder Primat der Wirtschaft?

Die Abhängigkeit der Wirtschaft von der Politik

Wie abhängig die Wirtschaft von der Politik ist, konnte man in Deutschland doch gerade im Jahre 1997 überdeutlich erleben. Stichwort «Lohnfortzahlung im Krankheitsfall». Zunächst reagierte die Politik, sprich Koalition, auf diesbezügliche Forderungen der Wirtschaft. Dann aber war die Wirtschaft nicht in der Lage, dem politischen Sturm der Opposition zu trotzen, knickte ein und fiel um. Primat der Politik in der Domäne der Wirtschaft.

Alle reden vom globalisierungsbedingt notwendigen Umbau der europäischen Wohlfahrtsstaaten. In Grossbritannien zum Beispiel hat man nicht nur geredet, man hat ihn gestaltet. Gestaltet werden konnte er wegen und durch die Tory-Politik von *Maggie Thatcher,* fortgesetzt wird er durch die Politik von *New Labour.*

Die Notwendigkeit des Umbaus hat man auch in Frankreich und Deutschland längst erkannt. Die Widerstände sind politisch. Aus taktischen Gründen steckt die politische Linke Frankreichs, anders als die wirklich neue Linke Grossbritanniens und ähnlich wie die Mehrheit der guten alten Tante SPD und die längst sozialdemokratisierte Unionsmehrheit den Kopf in den Sand und ruft dabei: «Vorwärts in die Vergangenheit!» Primat der Wirtschaft? Es gibt sie nicht, die reine Wirtschaft, auch nicht in der Globalwirtschaft. Alles ist Politik. Vorsichtiger formuliert: Alles hängt mit allem zusammen, von der Dominanz eines Faktors kann keine Rede sein.

> *Es gibt sie nicht, die reine Wirtschaft, auch nicht in der Globalwirtschaft. Alles ist Politik, alles hängt mit allem zusammen, von der Dominanz eines Faktors kann keine Rede sein.*

Da gibt es in Deutschland sozial-ökologische Auflagen in Hülle und Fülle. Die einen stöhnen darüber, die anderen jubeln. Sie stöhnen oder jubeln über Bestimmungen, die politisch entschieden wurden, meistens gegen die Wirtschaft und, wie manche sagen, zum Schaden der Wirtschaft, die entsprechend reagiert: Deutsche und ausländische Investoren kehren Deutschland den Rücken. Gerade die jüngsten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, sie können nicht geschönt werden: Die Investitionen aus dem Ausland in Deutschland werden immer geringer, die Investitionen aus Deutschland im Ausland immer umfangreicher. Zur Erinnerung: Der Zufluss ausländischer Investitionen nach Deutschland betrug 1995

rund 18 Milliarden Mark, er betrug 1996 gerade noch eine Milliarde Mark. Dramatischer geht es nicht mehr. Umgekehrt stieg das Volumen deutscher Direktinvestitionen im Ausland zwischen 1980 und 1995 um das Sechsfache auf 3800 Milliarden.

Primat der Geschichte

Diese Flucht der Wirtschaft ist letztlich eine Verfluchung der Politik oder eine Flucht aus der Politik, zumindest aus der deutschen Politik, denn die nationalwirtschaftlich-sozialökologischen Vorgaben der deutschen Wirtschaft sind politisch bestimmt. Primat der Politik also, doch auch Primat der Geschichte.

Weshalb Primat der Geschichte? Weil den politischen Weichenstellungen für die Wirtschaft historische Erfahrungen zugrundeliegen. Wichtige historische Erfahrungen, ja regelrechte «Lehren aus der Geschichte». Die Lehre nämlich, dass eine Gesellschaft ohne sozial- bzw. wohlfahrtsstaatliches Netz in den Abgrund stürzt, indem sie sich zunächst innenpolitisch den Extremisten, besonders den Rechtsextremisten, in die Arme wirft und dann auch noch aussenpolitische Abenteuer unternimmt, die schliesslich in den Abgrund führen. Der deutsche und europäische Wohlfahrtsstaat sind, so gesehen, ein Stück «Vergangenheitsbewältigung», das inzwischen die Bewältigenden überwältigt hat. Oder doch nicht?

Immerhin gibt es besonders in Frankreich und Italien (in Deutschland nicht; noch nicht?) wieder jene Gefahren für die Demokratie, also Gefahren von Rechtsaussen. Zulauf erhalten diese Rechtsextremen gerade von den Verlierern im national- und weltwirtschaftlichen Wettbewerb. Wer, völlig zu Recht, die Notwendigkeit des sozialpolitischen Umbaus bei uns und in Westeuropa fordert, darf diesen politischen Zusammenhang nicht aus den Augen verlieren. Unsere betriebs-, volks- und weltwirtschaftlichen Prioritäten sind derzeit nur schwer mit unseren politischen zu vereinbaren. Wir müssen entscheiden, was wir wollen. Und weil die Verlierer der Globalisierung und der damit verbundenen und notwendigen Modernisierung nach rechtsaussen abdriften, können wir unsere Kritik am Bestehenden nicht nur vom Standpunkt der reinen Wirtschaft formulieren. Wir dürfen die politischen Zusammenhänge nicht aus den Augen verlieren.

Natürlich kann man sich auf einen ganz anderen, den rein wirtschaftlichen Standpunkt stellen. 1931 sagte es ein führender Unternehmer im Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bezogen auf die Gefahr von links so: Den Kampf gegen den Bolschewismus solle man tunlichst der Kirche überlassen. Wie weise das war, muss man nach dem, was 1931, und besonders 1933, geschah, nicht mehr diskutieren. Es war auch jenem Unternehmer nicht sonderlich bekömmlich. Und man weiss, dass jene politischen Veränderungen in Deutschland nicht nur auf Deutschland beschränkt blieben, sondern weltweit fühlbar wurden.

Die Globalisierung, die damals schon mit der Expansion multinationaler Unternehmen begonnen hatte (man denke an *Ford* und *Opel* in Deutschland), jene Globalisierung der zwanziger Jahre konnte den politisch bedingten und politisch ausgelösten Krieg der späten dreissiger Jahre nicht verhindern. Einen Krieg, der alle Menschen, die Menschheit und natürlich die Wirtschaft traf.

Die unmögliche Flucht aus der Politik

Die Flucht aus der Politik ist unmöglich. Bis ans Ende der Welt können die Unternehmen ausweichen, die Politik wird sie überall und stets einholen; manchmal mit zeitlicher Verzögerung, aber mit Gewissheit. Die Flucht aus der Politik ist sinnlos, weil unmöglich. Unsere national-sozial-ökonomisch-ökologischen Auflagen entsprechen letztlich dem Wesen des Menschen an sich und der Natur der Dinge und sind nicht nur Ergebnis der deutschen Geschichte und Politik.

Wie das? Wenn es dem Menschen gut geht, will er, dass es ihm noch besser geht, oder er will zumindest das Gute sichern. Sozialpolitik ist hierfür ein Instrument, ist *das* Instrument. Verzichten wird jeder nur, wenn er verzichten muss, wenn Druck gegeben ist.

Das wiederum bedeutet: Wenn heute ein deutsches Unternehmen ins billigere und ökonomisch anziehendere Ausland flieht und dort betriebswirtschaftlichen ebenso wie volkswirtschaftlichen Wohlstand schafft, wird es von jenem menschlichen Verlangen nach mehr Wohlstand eingeholt. Das wiederum bedeutet zum Zeitpunkt «Heute plus x» vermehrte soziale Auflagen – denen man durch Flucht ins Ausland ja gerade entkommen wollte. Das politische Problem wurde also nur räumlich und zeitlich verschoben. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Politik die Wirtschaft – sogar am Ende der Welt – einholt.

Ähnlich ist es mit den ökologischen Auflagen. Sie sind angesichts der Natur der Dinge, also der Natur selbst, unumgänglich, wenn wir das Überleben der Menschheit sichern wollen. Wenn zudem der ökonomische Wohlstand der heute weniger wohlgestellten Staaten durch ausländische, auch deutsche Investitionen steigt, folgt irgendwann (aber auf jeden Fall gewiss) das Bedürfnis der dann besser Gestellten, auch ihre Umwelt zu schützen.

Das wiederum bedeutet: Die Ökonomie kann weder der Ökologie noch der Politik entfliehen. Falsch, werden manche kontern und sagen: Schaut auf die USA. Dort folgen Politik, Gesellschaft und Wirt-

schaftsmoral, also die Menschen ganz allgemein, weit eher den Gesetzen der Wirtschaft, und trotzdem oder gerade deshalb boomen Ökonomie und Ökologie.

Richtig, doch auch in den USA sah es noch vor gar nicht so langer Zeit ganz anders aus. Die Löhne in den USA und damit die Preise für Waren aus den USA waren fast unbezahlbar. Je schärfer dann die Krise wurde, desto klarer die Köpfe. Nicht nur die Arbeitgeber, auch die Arbeitnehmer erkannten, dass die Belastbarkeit der Betriebs- und Volkswirtschaft nicht über eine bestimmte Grenze gehen durfte, wenn der Weg nicht in den wirtschaftlichen Abgrund führen sollte. Das ist der eine Teil der Antwort.

Es gibt einen zweiten: Die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Kultur der USA ist vornehmlich individualistisch geprägt, staatliche Intervention ist eher die verpönte Ausnahme als die Regel. Ganz anders in Europa. Und dieses europäische Anderssein hat wiederum historisch-politische Gründe – womit wir wieder beim Primat der Politik und der Unmöglichkeit wären, der Politik zu entkommen.

Vorhang zu. Ortswechsel Osteuropa. Vorhang auf: Niedrige Löhne, relativ gut ausgebildete Menschen, entwicklungsfähige Infrastrukturen, niedrige Lohnerwartungen. Heute ja, und morgen? Und schon heute das Monster der Kriminalität, also die totale Unsicherheit im Alltag, die natürlich auch Unternehmen trifft und betrifft. Ist das die Sicherheit, deretwegen man unseren politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entflieht?

Streiks und Unruhen in Südkorea: Die Dynamik des Mehrwollens ist, einmal ausgelöst, nicht zu bremsen, weil sie der menschlichen Natur entspricht.

Noch ein Ortswechsel. Asien: Kein Wohlfahrtsstaat weit und breit, ökologische Auflagen kennt man kaum, wenn man einmal von Japan absieht. Primat der Ökonomie, ein Paradies für ausländische Investoren. Bis zum 2. Juli 1997, dem sichtbaren Anfang der Krise in Thailand und danach in anderen «Tigerstaaten», schien es so. Nun sieht auch hier die Welt nicht mehr so rosig aus. Dabei waren die Zeichen an der Wand schon vor dem Sommer 1997 unübersehbar: Man denke an die zahlreichen Bauruinen in jener Region oder auch an die Streiks und Unruhen in Südkorea. Auch dort wollen die Menschen mehr. Ja, dieses Mehr ist weit weniger als bei uns. Aber die Dynamik des Mehrwollens ist, einmal ausgelöst, nicht zu bremsen, weil sie der menschlichen Natur entspricht; so wie Neid und Vorurteile, denen Malaysias Premier *Muhatir* mit seinen antijüdischen Eskapaden im Herbst 1997 aufwartete. Nach altem Brauch präsentierte er «die Juden» als Sündenbock seines eigenen Versagens.

Die Politik ist der beste Händler

Auch eine weniger grundsätzliche Betrachtungsweise zeigt uns, dass und wie die Flucht der Wirtschaft aus der Politik nicht nur unmöglich, sondern eigentlich auch kontraproduktiv ist.

Man denke an die Konkurrenz zwischen Airbus und Boeing. Die Jagd nach Aufträgen ist für beide alles andere als unpolitisch. Sie ist Teil einer deutsch-amerikanischen und europäisch-amerikanischen Konkurrenz, die eben auch politisch ist. Verkaufspolitik ist dabei zugleich auch Regionalpolitik: im Nahen ebenso wie im Fernen Osten oder woanders.

Ist das Für der Wider des «Euro» eher wirtschaftlich oder politisch? Wo fällt die Entscheidung? In Wirtschaft oder Politik? In der Politik. Daran besteht kein Zweifel. Am Anfang war gerade hier die Politik, und der Anfang war der 9. November 1989. Er führte zur deutschen Einheit. Deren Bedingung war die Europäisierung Europas, deren Kernstück der «Euro» sein soll. Primat der Politik.

Der US-Präsident betätigt sich weltweit, ebenso wie der Präsident Frankreichs, der britische Premier und der deutsche Bundeskanzler als Handlungsreisender. Zur Reisegesellschaft zählen dabei stets führende Unternehmer, die auf die Hilfe des obersten Verkäufers der Nation zählen und oft darauf angewiesen sind. Primat der Politik oder Primat der Wirtschaft? Die Antwort ist klar. So klar wie beim europäisch-amerikanischen Handelsstreit, der den Warenverkehr mit Kuba, Libyen und dem Iran betrifft. – Was nach dem 9. Februar 1979, dem Tag, an dem die Islamische Revolution im Iran siegte, geschah, wissen wir auch noch sehr genau: Die Industriestaaten pilgerten trotzdem in den Iran und bettelten förmlich um Aufträge. Das hat sich, mit Ausnahme der USA (und die eher unfreiwillig) nicht wesentlich geändert. Geblieben ist jedoch das Primat der Politik.

Nur scheinbar, also nicht wirklich, wird die Welt global und einheitlich. Globalisierung und selbst Europäisierung scheitern in Deutschland etwa nicht zuletzt an den kümmerlichen Fremdsprachenkenntnissen und dem geringen Wissen über die Nachbarstaaten, von den entlegeneren Ländern ganz zu schweigen. Die individuellen und auch institutionellen Defizite bei der Kenntnis fremder Länder und Sprachen sind offenkundig. Man schaue auf die Grenzregion zwischen Deutschland und den Niederlanden.

Ausländische Investoren entscheiden sich für die niederländische Seite. Weshalb? Weil, so die Umfragen bei den Investoren, die Fremdsprachen- und Landeskenntnisse in den Niederlanden so viel besser sind als in Deutschland. Und woran liegt das? Am Lehrplan. Und wer bestimmt den Lehrplan? Das verantwortliche Ministerium. Und wer bestimmt die Zusammensetzung des Ministeriums? Die Politik.

Primat des Individuums oder des Staates

Ein gewisser Zwiespalt ist entstanden: Der Staat soll den Bürger versorgen. Ansonsten haben Staat und Gemeinschaft dem Individuum nichts zu sagen. Der Staat gibt, der Einzelne nimmt – und will immer weniger geben. Der Vormarsch der Ichbezogenen, der Ichlinge in der Gesellschaft ist unverkennbar. Nehmen wir als Indikator die Zahl der Singles-Haushalte. Sie beträgt bundesweit 36 Prozent, in der Rekordstadt München 52 Prozent. «Selbstverwirklichung» ist Trumpf. So kann aber eine Gemeinschaft nicht funktionieren.

Wo ist das Netz? Der Staat als Sozialstaat ist überfordert. Das ist die eine Seite. Wer aber übernimmt die Sicherung der Fallenden und Verlierenden in einer Gesellschaft, die gewiss wettbewerbsbezogener wird, weil werden muss?

Historisch war die Familie das soziale Netz. Doch die Familie funktioniert in unserer Gesellschaft der Ichlinge nicht mehr.

Wie wird also der notwendige Übergang vom Sozialstaat zur Selbstverantwortung gesichert, wo sie individuell scheitert? Dass dieses Scheitern bei (zahlreichen) Einzelpersonen zu erwarten ist, kann nicht bestritten werden.

Die Neue Gesellschaft, die gewiss entsteht, hat nicht einmal die Sicherungen der alten. Vom Primat der Wirtschaft kann jedenfalls auch hier keine Rede sein.

Vom liberalen zum funktionalen Modell

Die moderne Gesellschaft ist extrem arbeitsteilig, also funktional verflochten, verzahnt, «vernetzt». Kooperation ist nötig, Vereinzelung dysfunktional.

Konfliktmodelle, auch Streiks, sind deshalb ebenfalls extrem dysfunktional und systemwidrig. Die Auswirkungen sind nicht einmal national zu begrenzen, sie sind fast immer auch international.

Die jeweiligen individuellen Anliegen oder Gruppenwünsche mögen noch so berechtigt sein, sie verursachen disproportionale Schäden. Die Optimierung der individuellen Wünsche führt eben nicht zum Allgemeinwohl. Ganz im Gegenteil.

Der Gedanke ist auch auf Unternehmerseite anzuwenden: Beim funktionalen Modell gilt nicht mehr die Prämisse von *Adam Smith,* dass die *«unsichtbare Hand»* alles zum Wohle aller lenke, durch Wahrnehmung und Optimierung der Interessen einzelner.

Die Optimierung der Einzelinteressen kann durchaus der Gesamtheit schaden – und damit letztlich auch dem Einzelunternehmen. Das Individualmodell ist daher nicht nur im Bereich der Gesellschaft, sondern auch in der Wirtschaft nicht unproblematisch.

Natürlich ist der Markt als Regulator unverzichtbar, aber die Vernetzung der Aktionen und Interessen darf nicht aus den Augen verloren werden. Sonst kippt das Gesamtgefüge zum Zeitpunkt x. Es kippt und nichts klappt, wenn man sich gedanklich oder strategisch am Primat des einen oder anderen Faktors orientiert. Verzahnung und Vernetzung und Kooperationsfähigkeit entscheiden über den wirtschaftlichen Erfolg; betriebswirtschaftlich ebenso wie volks- und weltwirtschaftlich.

Ohne Politik geht aber nichts. Und das bedeutet: Ohne den Einzelnen geht nichts. Und dieser Einzelne kann sich mit anderen Einzelnen verbinden, doch selbst allein kann er vieles, denn gerade die moderne arbeitsteilige Dienstleistungsgesellschaft können schon ganz wenige aushebeln.

Lassen wir uns also nicht beirren und verwirren und schon gar nicht entmutigen. Der Einzelne kann in unserem Staat, das heisst in unserer Demokratie recht viel bewirken. Auf die Demokratie kommt es an. Die Demokratie ist unser Garant. Garant für Einfluss, Wirkung, Lebensqualität. ✦

Michael Wolffsohn ist 1947 in Tel Aviv geboren und lebt seit 1954 in Deutschland. Nach dem Doktorat habilitierte er in Geschichte und Politikwissenschaft und lehrt heute an der Hochschule der Bundeswehr in München. Als Wissenschaftler und Autor hat er rund 20 Bücher zur deutschen und europäischen Politik und zum Nahostproblem publiziert, zuletzt: «Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden». Edition Ferenczy, Bruckmann, München 1995.

Von Michael Wolffsohn erschien im Frühjahr «Die ungeliebten Juden: Israel – Legenden und Geschichte», Diana Verlag, München / Zürich 1998.